U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

23. Jahrgang
No 33

Münster, Sask., Donnerstag, den 23. September 1926

Fortlaufende No.
1177

Welt-Rundschau.

Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland

Genf und der Völkerbund stehen gegenwärtig nicht bloß vor dem französischen und dem deutschen Volke, sondern vor der ganzen Welt als das große Rätsel der Zukunft. Würden die Reiche der Welt, alle ohne Ausnahme, nicht so ganz und gar vom materiellen, selbstsüchtigen Standpunkte aus regiert, wäre das Christentum mit seinem Geiste und seinen erlösenden Prinzipien nicht so völlig von der Politik ausgeschaltet, so könnte man wahrlich versucht sein, die Zukunft im rosigsten Lichte zu sehen und ohne Rückhalt dem Optimismus zu verfallen.

Der Friede Europas — und Europa ist immer noch das Zentrum der Welt — hängt von dem friedlichen Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland ab. Von diesen beiden Nachbarn ist ohne Zweifel Deutschland der verträglichere. Man kann sich auch ,trotz des himmelschreienden Unrechtes, das Deutschland seit 1914 und am meisten seit dem Ende des Krieges erlitten hat, kaum dem Eindrucke verschließen, daß es dem deutschen Volke im großen und ganzen mit der Aussöhnung der beiden Länder wirklich Ernst ist. Zwar war die Rede des deutschen Außenministers Stresemann in Genf bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht gerade überschwenglich, aber das Versprechen einer redlichen Mitarbeit zur Herstellung des Friedens klang umso aufrichtiger. Was der Rede Stresemanns etwa an Begeisterung fehlte, das hat der französische Außenminister Briand reichlich nachgeholt. Man muß wohl dem feurigen Franzosen hierin, wie in allen Dingen, manches nachsehen. Allem Anschein nach hatte er kein sehnlicheres Verlangen, als im Namen seines Volkes dem deutschen Volke in die Arme zu fallen und ihm ewige Liebe und Freundschaft zu schwören. Doch fragt es sich — und das Fragezeichen ist riesengroß — war es ihm aufrichtiger Ernst? Briand war wohl seit dem Kriege einer d. anständigsten Franzosen, u. wäre sein Einfluß maßgebend gewesen, so wäre das Einverständnis Frankreichs mit Deutschland schon viel weiter gediehen: dann wäre wohl schon der Friede in Versailles ganz anders ausgefallen und hätte nicht erst einen wirklichen Frieden für unabsehbare Zeiten fast aussichtslos gemacht; dann wäre der Anfang des Verständnisses nicht erst über den Ruhreinbruch gegangen; dann wäre vieles, das immer wieder von neuem und immer tiefer die Saat des Hasses gesät hat, ungeschehen geblieben. Daß es jetzt so weit ist, daß trotz all dem wenigstens der Anfang gemacht ist, dafür gebührt in Frankreich keinem ein größeres Verdienst als Briand. So mag man annehmen, daß es ihm Ernst war mit der Anbahnung des Friedens. Aber dann fragt es sich weiter: steht sein Land hinter ihm? teilen vor allem die einflußreichen Männer seines Landes seine Wünsche und Bestrebungen? Denkt man dabei auch nur an Foch und Poincare, von allen ihresgleichen zu schweigen, so steht man der Gefahr des Pessimismus näher als der des Optimismus.

Und sogar wenn alle mit Briand übereinstimmten, — vorausgesetzt daß dieser wahrhaft aufrichtig ist — ist dann ein dauernder Friede überhaupt möglich? Der Wille zur Tat hängt immer und überall von der Erkenntnis ab, obwohl der Wille nicht stets der Erkenntnis folgt. Hat wohl Briand eine Kenntnis davon, daß Deutschland von Frankreich ein ungeheueres Unrecht geschehen ist, das der Friede von Versailles zu verewigen sucht? Ist nicht etwa auch er davon überzeugt, daß Deutschland die ganze Schuld am Kriege und an allem daraus folgenden Unheile trage? Wird er Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ,nicht als Reue über die begangenen Untaten, sein Versprechen der Mitarbeit nicht als ,Genugtuung dafür bewerten? Wenn Briand derselben Ueberzeugung ist, die in Frankreich, mit wenigen Ausnahmen, noch immer gang und gäbe ist, dann ist ganz und gar nicht einzusehen, daß ein wahrer Friede der beiden Völker aus dem gegenwärtigen Zustande herauswachsen könne. Denn die Geschichte der Jahrhunderte beweist, daß Frankreich, wenigstens wenn sein eigenes Unrecht nicht sonnenklar war, niemals etwas an Deutschland zurückgegeben hat, außer es wurde mit Waffengewalt zur Herausgabe gezwungen. Und in diesem Falle hat es dann immer vom nächsten Augenblick an begonnen, sich zur Rache und zur Wiedereroberung der verlorenen Beute zu rüsten.

Und sogar wenn Briand und Frankreich mit ihm zur Ueberzeugung kämen, daß bei weitem das größte Unrecht auf Frankreichs Seite stünde, hätten sie den Mut, wenigstens teilweise dieses Unrecht gutzumachen? Würden sie nicht der Versuchung erliegen, jeden Versuch der Gutmachung als einen Verrat am Vaterlande zu betrachten? Versteht man doch heutzutage unter Patriotismus nicht mehr d. Verlangen der Gutgesinnten, daß das Vaterland groß sei durch Gerechtigkeit gegen andere Völker in erster Linie, durch tapfere Verteidigung seiner Rechte gegen Angreifer in zweiter Linie, sondern das Verlangen der Bürger, über andere Völker zu herrschen und deren Besitztum dem eigenen Lande einzuverleiben.

Und wie viel wäre da gutzumachen! Nicht alles zwar, das gutzumachen wäre, läge in der Macht Frankreichs, wenn auch das meiste. Beim übrigen wäre wenigstens der Einfluß Frankreichs von großem Belang. Da wären die Zurückziehung der feindlichen Armeen aus deutschem Gebiete, die Rückgabe des Saargebietes, die Regelung von Deutschlands Ostgrenze, die Rückgabe der deutschen Kolonien usw. usw.; vor allem aber müßte die Wurzel aller Uebel entfernt werden durch eine gründliche Revidierung des Friedensdiktates von Versailles und den unbedingten Widerruf der Schuldlüge.

Wenn der Vertrag von Locarno, der den Anfang zu einer friedlichen Verständigung bildet, die Richtschnur

(Fortsetzung auf S. 4.)

Nordpolfahrer vom Papst in Audienz empfangen

Rom. — General Nobile, der mit Amundsen den Nordpol überflog, wurde kürzlich vom Hl. Vater in Audienz empfangen. Er überreichte Papst Pius dem XI. einen aus dem Elfenbein von Stoßzähnen der Robben hergestellten Rosenkranz.

Furchtbarer Sturm in Florida

Laut letztem Bericht über 400 Tote, 150 vermißt, über 5000 verwundet, 50,000 obdachlos.

Miami, Florida. — Das südöstliche Florida, das sich seit neuerer Zeit des stolzen Namens „Spielplatz von Amerika" rühmen konnte, ist abermals, das zweite Mal in diesem Sommer, zur Todesstätte Amerikas geworden. Der vorhergehende Hurrikan, der seine größte Wut an den Bahama-Inseln ausgelassen, aber auch in Florida schrecklich gehaust hatte, war im Vergleich zum letzten Sturme ein reines Kinderspiel.

Während der vorhergehende tropische Sturm im Golf von Mexiko seinen Ursprung hatte, und über das südliche Florida dem Ozean zusagte, wo er auf den Bahamas das größte Unheil anrichtete, entstand der letzte in der Nähe der Bahamas, wo er keinen bedeutenden Schaden verursachte, und nahm seinen Lauf über das südliche Florida, dann der westlichen Küste Floridas und der Südküste einiger Staaten entlang in den Golf von Mexiko.

Den Hauptstoß erlitten West Miami die Städte Hollywood-by-the Sea, Fort Lauderdale, Redlands, Moorehaven und Clewiston. Der Sturm begann Freitag nachts und wütete ununterbrochen für 9 Stunden, manchmal mit einer Geschwindigkeit von 120 Meilen die Stunde. Nicht nur riß er die Gebäude nieder, die nicht durch ihre Lage geschützt waren oder durch und durch aus massivem Material bestanden, und begrub die Insassen unter deren Trümmern, er peitschte auch d. Wellen des Ozeans haushoch über die Küste u. trieb d. Wasser der Seen über die Dämme, das umliegende Land überschwemmend, mehrfach in

(Fortsetzung auf S. 5.)

Hände weg von Mexiko!

Ver. Staaten. — Die amerikanischen Petroleum-Interessen halten die Zeit für günstig, auch ein wenig gegen Mexiko zu hetzen, aber es steht ihnen noch der offizielle Standpunkt des Präsidenten Coolidge im Wege, der unangenehmerweise die Parole ausgegeben hat: „Hände weg von Mexiko!" — Coolidge kennt nämlich seine kapitalistischen Petroleure. Sie geben vor, den bedrängten mexikanischen Katholiken zu Hilfe kommen zu wollen, wollen aber in Wahrheit nur Land und Oelquellen grabschen. Mit andern Worten: Während sie so tun, als ob sie die Hände ins Weihwasser tauchen wollten, greifen sie nach der mexikanischen Petrole umkanne. — „Hände weg!"

4000 Menschen obdachlos

London, England. — Ein Erdbeben von ungewöhnlicher Art zerstörte die Hauptstadt Horta auf der Insel Fayal in den Azoren. 25 Menschen sind tot und etwa 4000 verletzt und obdachlos. Die dortige katholische Kirche ist eine völlige Ruine. Die Gegend ist schon öfters durch Erderschütterungen heimgesucht worden, aber diese letzte war die heftigste, die hier seit dem Jahre 1670 aufgezeichnet werden konnte. Die Bevölkerungszahl dieser Insel beträgt 25,000 Seelen, die portugiesischer Abstammung sind.

Gleichzeitig werden auch von Griechenland starke Erdbeben gemeldet. Aber die materiellen Verluste sind klein und die Erschütterungen haben keine Menschenleben gefordert.

Ueberschwemmungen in Spanien

Madrid. — Nach einer Trockenheit von über 6 Wochen fielen, besonders im Süden von Spanien, auf einmal stromartige Regengüsse nieder, sodaß an vielen Orten der Eisenbahnverkehr eingestellt werden mußte und dutzende von Städten und Dörfern in regelrechte Seen verwandelt wurden. Mehr als 80 Menschen wurden getötet und gegen 200 verletzt. Der Schaden soll über 50 Millionen Pesetas betragen.

Auch aus Barcelona wird gemeldet, daß die Straßen überschwemmt seien und mehrere Leichen aus dem Wasser gezogen wurden. Man glaubt, daß sich noch viele unter dem Wasser befinden. Der durch die Ueberschwemmungen angerichtete Schaden wird auch hier auf viele Millionen von Pesetas veranschlagt.

Indien verlangt Selbstregierung

Genf. — Während einer Sitzung des Völkerbundes wurde die Versammlung durch einen Vorfall, der internationale Aufmerksamkeit erreicht, in große Unruhe versetzt. Indien brachte den Wunsch zum Ausdruck, ein sich selbst regierendes Land gleich Canada oder Australien zu werden. Maharajah von Kapourthala schilderte in englischer und französischer Sprache das erwachende Indien und äußerte die Hoffnung auf baldige Selbstregierung wie in Canada oder Australien. Er fügte auch hinzu, daß die 300,000,000 Einwohner Indiens in Genf durch eine Delegation vertreten seien, die willens sei, ihren Teil für das Wohl der Welt beizutragen.

Polnische Minister bereisen Canada

Melville, Sask. — Dr. R. Kuracz, Finanzminister, und Dr. Leo Jarel, Einwanderungsminister aus Prag in der Tschechoslowakei, haben die böhmische Kolonie bei Stockholm besucht, um sich über die Verhältnisse und Erfolge ihrer Landsleute zu erkundigen. Sie beabsichtigen, die Möglichkeiten für weitere Einwanderer aus dem alten Lande festzustellen, um eventuell die tschechoslowakische Einwanderung nach Canada besonders zu fördern.

12 Grubenarbeiter in einer Mine begraben

Tahona, Okla. — Durch eine Gasexplosion in der Mine 29, der „Smokeless Coal Co." wurden am 1. September 12 Arbeiter unter den Trümmern des zusammengestürzten Minenganges begraben. Rettungsmannschaften und ärztliche Hilfe waren rasch zur Stelle und versuchten in die eingefallene Galerie einzudringen, um die dort eingekerkerten Arbeiter zu retten. 12 konnten tot an die Oberfläche gebracht werden, und es ist kaum Hoffnung vorhanden, die übrigen zu retten.

Die Antwort an Calles

Die Intensive mit groben Unwahrheiten und Verdrehungen arbeitende Propaganda, die die mexikanische Regierung seit einiger Zeit unmittelbar von der Zentrale aus oder durch ihre diplomatischen Vertretungen betreibt, hat auch die zuständigen kirchlichen Kreise zu einer verstärkten Abwehraktion veranlaßt. Insbesondere ist es das publizistische Organ des Vatikans, der Osservatore Romano, in dessen Spalten neuerdings jeder irgendwie breiter angelegte Versuch der offiziellen mexikanischen Propaganda, die gegenwärtige Krisis in einem der Kirche ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen, sofort mit einer unübertrefflichen Durchschlags- und Beweiskraft pariert wird. Der Artikel: Vier Jahrhunderte Katholizismus in Mexiko stellt gewissermaßen die historische Grundlegung des kirchlichen Abwehrkampfes dar. Wenige Tage später, am 11. August, brachte der Osservatore Romano einen weiteren hochbedeutsamen Artikel mit der Ueberschrift: Die wahre Ursache der gegenwärtigen Unruhen in Mexiko — und der Unterüberschrift: Antwort an den Präsidenten Calles. In der Einleitung wird das Ergebnis der eindrucksvollen Beweisführung vorweg genommen mit dem Satz, daß die wahre Ursache der gegenwärtigen Unruhen eben in dem religionsfeindlichen Vorgehen der mexikanischen Regierung zu suchen ist, das seinen Höhepunkt in dem am 14. Juni verfaßten und am 31. Juli in Kraft getretenen Verfolgungsgesetz erreicht hat. An den markantesten Punkten dieses Gesetzes wird dann seine ganze Unchristlichkeit dargetan. Wir entnehmen den Ausführungen des Artikels u. a. das Folgende:

„Der Religionsunterricht ist in allen Schulen verboten. Der Unterricht darf nur Laienbrüder erteilen. Wenn es also gestattet ist, die Glaubenslehre zu bekennen, so ist es andererseits den katholischen Lehrern verboten, sie zu verteidigen, und zwar trifft dies nicht nur für die amtlichen oder öffentlichen Schulen, sondern auch für die privaten, zu, nicht nur für die höheren, sondern auch für die Volksschulen. Wenn daher drei Familienväter sich zusammentun, um einen nicht einmal priesterlichen Lehrer anzustellen, damit er ihren Kindern Katechismusunterricht erteilt, dann begehen sie ein schweres Vergehen, für welches sie vom 31. Juli ab nach dem Gesetze des Präsidenten Calles jeder mit 500 Pesos Geldstrafe und zwei Wochen Gefängnis strafbar sind. Um ein derartiges Vergehen zu verhindern, werden die Privatschulen einschließlich der Kinderheime der strengsten amtlichen Ueberwachung unterworfen. Angesichts dieser Sachlage wäre es interessant zu wissen, was die folgenden Worte der mexikanischen Verfassung bedeuten sollen: „Der Unterricht ist frei — die Aeußerung der Gedanken wird nicht Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung sein."

Aber es geht noch weiter. Unter schweren Strafen ist irgend einem nicht mexikanischen Priester die Ausübung gottesdienstlicher Handlungen verboten. Um sie ausüben zu können, genügt es nicht, mexikanischer Bürger durch Naturalisierung entsprechend den Bestimmungen des Artikels 30 der Verfassung zu sein, sondern man muß mexikanischer Bürger durch Geburt sein. Der Widerspruch, der in dieser Bestimmung liegt, ist offensichtlich, denn entweder ist der Kult erlaubt, und dann darf er in einem freien Lande niemandem verboten werden, oder er ist nicht erlaubt, dann muß seine Ausübung jedem verboten sein. Ferner, was die strafrechtlichen Wirkungen anbelangt, so wird angenommen, daß jemand ein Kultamt ausübt, wenn er religiöse Akte vollzieht. Es kann also ein ausländischer Priester, der zum Besuch Mexiko passiert, nicht die Messe lesen, wenn er nicht der Verhaftung aussetzen will. Er kann nicht einmal in eine Kirche gehen, um mit den übrigen Gläubigen dort zu beten, weil das den Tatbestand des Delikts der Vollführung religiöser Handlungen erfüllt würde, wobei das Geringste, was ihm passieren könnte, die unverzügliche Ausweisung sein würde. (Artikel 1 und 2). Es kommt jedoch noch schlimmer. Das Gesetz gestattet nicht, daß jemand Gott dient, sondern es kann nicht verhindert, daß jemand Gott dient, sein Vermögen und seine Person ... Kranken und Kranke zu widmen, weil der Konkordat seine Gemeinschaft religiöse Gebäude verbietet, wohl verstanden der Konkordat, der sich für unzuständig hält, über diese Dinge zu urteilen und der in der Erklärung des Landes proklamierte: „Jeder Mann ist in seinem Glaubensbekenntnis und in der Ausübung der religiösen Kulthandlungen ohne Unterschied frei" (Artikel 21).

Schade können auch die in Mexiko gebornen Priester nicht in den Kult einmischen. Es steht ausdrücklich den Behörden jedes Bundesstaates zu, nach den örtlichen Bedürfnissen die Zahl der Religionsdiener zu bestimmen. In diesem Zweck hat jeder Staat in den einzelnen Staaten bei den Verwaltungsbehörden einen einzelnen Beamten unterhalten, und dann absorbiert, daß diese unter den verschiedenen Priestern diejenigen auswählen, die der Regierungsverlaubnis zur Ausübung des Priesteramtes erlangen können. Die Behörden sollen durch zehn Bürger, die für diesen Zweck bestimmt sind, jede Kirche überwachen, damit kein Priester ohne Erlaubnis sie betritt, um gottesdienstliche Handlungen vorzunehmen. Wenn eine Zuwiderhandlung

(Fortsetzung auf S. 4.)

Attentat-Versuch gegen Schweizer Ex-Präsidenten

Genf. — Hier wurde ein Russe unter der Beschuldigung, ein Attentat gegen das Leben von Dr. Giuseppe Motta, früheren Bundespräsidenten der Schweiz, geplant zu haben, verhaftet. Es wird erklärt, daß er den an Woroowsky, dem russischen Vertreter bei der Lausanner Konferenz verübten Mord habe rächen wollen. Woroowsky wurde im Jahre 1923 von dem Schweizer M. A. Conradi erschossen, der aber freigesprochen wurde. Dr. Motta war in der Sitzung des Völkerbundes als Leiter der Schweizer Delegation tätig. Schweizer Journalisten meldeten den Russen sofort der Polizei, sodaß die Ausführung seines Planes vereitelt werden konnte.